

# AHV: Landtag zwingt Regierung nun zum Handeln

**Paukenschlag** Showdown im Landtag: Mit einem äusserst geschickten Manöver hat der FBP-Abgeordnete Manfred Batliner Renate Müssner in Sachen AHV in die Pflicht genommen.

VON HOLGER FRANKE

«Einen Tag später haut es Sie schon aus den Fugen und Sie verteilen hier Zettel, welche beinhalten, dass ab dem 1.1.2018 der Staatsbeitrag an die AHV keine Geltung habe. Welch Schreck!», sagte der FBP-Abgeordnete Manfred Batliner gestern im Landtag zu Regierungsrätin Renate Müssner. «Machen Sie doch Ihre Hausaufgaben und erarbeiten Sie einen Plan, wie wir die demografische Entwicklung in den nächsten 20 und 30 Jahre bewältigen. Wie es die AHV fordert. Sie schreibt in ihrem Jahresbericht explizit, dass die Politik diesbezüglich verantwortlich ist», so Batliner weiter.

## Erhebliche Konsequenzen

Es war ein Paukenschlag, der seinen Ursprung am Tag zuvor hatte, den Manfred Batliner unmittelbar vor Ende der Sitzung vom Stapel liess: Am Donnerstag hatte der Landtag

Massnahmen zur Sanierung des Staatshaushaltes beschlossen - auf Kosten der AHV. Noch in der ersten Lesung war die Debatte wieder einmal in eine ergebnislose Grundsatzdiskussion über die langfristige Sicherung der AHV ausgeuffert.

In der zweiten Lesung am Donnerstag war es dann aber überraschend ruhig geblieben. Lediglich Manfred Batliner erwirkte, dass der Staatsbeitrag bis zum Jahr 2018 befristet werden sollte - ein Umstand, der zu

## «Machen Sie doch ihre Hausaufgaben und erarbeiten Sie einen Plan.»

MANFRED BATLINER  
LANDTAGSABGEORDNETER (FBP)

diesem Zeitpunkt keine Reaktionen ausgelöst hatte. «Ich kann hier nur vermuten, dass der Frau Regierungsrätin in der gestrigen Diskussion meines Antrages nicht klar war», mutmasste Manfred Batliner gestern. Dabei ist die Wirkung eindeutig. Beim jetzigen Stand würde die AHV ab 2018 keinen Staatsbeitrag mehr erhalten. «Wenn das ihrerseits so gewünscht ist, nimmt die Regierung das zur Kenntnis, im anderen Fall wäre der Vorschlag der Regierung, baldmöglichst,



Der Druck auf Regierungsrätin Renate Müssner in Sachen AHV wächst. (Foto: MZ)

möglicherweise bereits in der nächsten Bürositzung, für den November-Landtag eine Revision des nunmehrigen Artikels 50 des AHV-Gesetzes einzubringen», wandte sich Regierungsrätin Renate Müssner an die Abgeordneten.

## Ball liegt nun bei der Regierung

«Nein, es war nicht die Intention, dass die AHV ab 2018 keine Staatsbeiträge mehr erhalten soll, sondern dass das Gegenteil der Fall sein soll, nämlich, dass die AHV die Chance erhält, durch die Diskussion über die demografische Entwicklung mehr Beiträge als die Regierung vorgeschlagen hat zu erhalten», verdeutlichte Batliner. Mit dem Hauptanliegen dieser Vorlage, den Staatshaushalt zu sanieren und den Jahresbeitrag auf 50 Millionen Franken und eine jährliche Erhöhung von 2 Millionen Franken ab dem Jahre 2015 einzuführen, werde die Landeskasse gesichert und die AHV-Kas-

se verunsichert. «Beides sind unsere Kassen und beide haben ihre Herausforderungen. Nur mit der Beitragsfixierung und der Gutheissung dieser Vorlage wird der politische Druck, nämlich die Thematik der Demografie endlich mal anzupacken, völlig heruntergefahren», so Batliner. Mit diesem sinnvollen und wirkungsvollen Beschluss habe der Landtag den Auftrag gegeben, Lösungen zu unterbreiten, bevor die Probleme eintreten: «Also sichern Sie die AHV und bringen Sie jetzt Lösungsvorschläge.»

In einer ersten Stellungnahme zeigte sich AHV-Direktor Walter Kaufmann gegenüber dem «Volksblatt» überrascht: «Ich kann den politischen Schachzug, mit dem nun Druck zur langfristigen Lösungsfindung aufgesetzt ist, mittlerweile verstehen. Aus Sicht der AHV muss ich natürlich bedauern, dass bei diesem Vabanquespiel die AHV der Einsatz ist.»